



Nr. 43

14. November 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Rheinpfalz-Interview

[„Lineare Erhöhung steht im Vordergrund“](#)

Deutscher Philologentag

[Finger weg vom Beamtenstatus](#)

Studie der dbb akademie

[Öffentlicher Dienst: Beschäftigte fühlen sich von Bürokratie ausgebremst](#)

Gespräch im Bundesgesundheitsministerium

[Wagner: „Eine Zwangs-Einheitsversicherung löst kein einziges Problem“](#)

dbb frauen

[Teilzeit-Einschränkungen: Politisches Versagen nicht auf dem Rücken der Frauen austragen](#)

dbb senioren

[Europäische Gewerkschaftsarbeit: Sozialpolitik grenzübergreifend gestalten](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Sonderinfo zur Besoldungsentscheidung des Verwaltungsgerichtes](#)

Bayern

[Doppelhaushalt auf Kosten des öffentlichen Dienstes!](#)

Sachsen-Anhalt

[Gründung eines Landesamtes abgelehnt](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



Rheinpfalz-Interview „Lineare Erhöhung steht im Vordergrund“

Im Interview mit der Rheinpfalz spricht dbb-Chef Volker Geyer über die anstehende Einkommensrunde mit den Ländern und kritisiert die bayerische Landesregierung scharf.

„Die Forderungen werden widerspiegeln, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst immer noch hinter denen in der Privatwirtschaft hinhinken“, erklärte Geyer im Interview mit der Rheinpfalz vom 14. November 2025. „Die Länder stehen in Konkurrenz mit dem Bund und den Kommunen, die besser zahlen. Außerdem haben auch die Beschäftigten bei den Ländern steigende Lebenshaltungskosten.“ Der öffentliche Dienst biete zwar sichere Arbeitsplätze aber „ein sicherer Arbeitsplatz zahlt weder die Miete noch die Stromrechnung“. Mit Bund und Kommunen wurde Anfang des Jahres eine Erhöhung der Einkommen um insgesamt 5,8 Prozent vereinbart. Das habe bei den Kolleginnen und Kollegen der Länder natürlich Erwartungen geweckt, so Geyer. „Unsere Regionalkonferenzen haben gezeigt, dass diesmal das Einkommen im Vordergrund steht – insbesondere in Form einer linearen Erhöhung.“

Geyer sprach in dem Interview mahnende Worte in Richtung der Bayerischen Landesregierung. Der Freistaat hatte zuvor angekündigt, das Tarifiergebnis erst sechs Monate später auf die Beamten zu übertragen. „Bayern sendet damit das komplett falsche Signal. Laut unserer Bürgerbefragung sagen 73 Prozent der Menschen, der Staat sei nicht mehr handlungsfähig. Da kann ich doch nicht hergehen

und noch vor Beginn der Tarifverhandlungen so ein negatives Signal in die Beamtenschaft senden.“ Hinzu kommt: Dem öffentlichen Dienst fehlen schon heute 600.000 Beschäftigte. Geyer weiter: „Es gibt Überstunden ohne Ende. Nachwuchskräfte bekommen wir nur, wenn wir auch gut bezahlen. Wenn die Länder die Erhöhung für die Beamten tatsächlich verschieben wollen, wird das auf jeden Fall auf unseren Widerstand stoßen.“

Auch der Bürokratieabbau war Gegenstand des Interviews. Der dbb unterstütze Karsten Wildberger, den neuen Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung, in seinem Tun: „Auch wir wollen weniger Bürokratie. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes leiden unter zu viel Bürokratie.“ Die vereinbarten Maßnahmen des sogenannten Entlastungskabinetts reichen allerdings nicht aus. „Die Bundesregierung kann nur einen Teil der Maßnahmen alleine umsetzen. Vieles davon muss vor Ort in den Kommunen oder in den Ländern umgesetzt werden.“ Die Beschäftigten müssen daher in die Entscheidungen eingebunden und umfassend fortgebildet werden.

Deutscher Philologentag Finger weg vom Beamtenstatus

Unter den Angriffen auf das Berufsbeamtentum leiden nicht nur die Lehrkräfte – sondern auch die Bildung.

„Gute Schule lebe von Anspruch, von klaren Standards und verlässlichen Prüfungen“, betonte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer auf dem 42. Deutschen Philologentag am 13. November 2025 in Berlin. „Für uns ist das hoheitliche Handeln im Sinne des Grundgesetzes. Die Ausübung dieser Befugnisse ist den Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen – also Beamtinnen und Beamten.“ Selbst die wenigen Bundesländer, die zeitweise darauf verzichteten, haben mittlerweile verstanden, dass die

Verbeamtung von Lehrkräften unerlässlich ist. „Denn dieser Irrweg hat weder den engagierten Kolleginnen und Kollegen noch der Bildungsgerechtigkeit in unserem Land geholfen“, kritisierte der dbb-Chef. „Wir fordern daher klar und deutlich: Finger weg vom Beamtenstatus.“

Geyer betonte die positiven Aspekte der Verbeamtung, die in der Diskussion oft außen vor blieben: „Der Beamtenstatus ist kein Privileg, er ist ein Schutzmechanismus. Er schützt den Staat davor, dass Bildung zur Verhandlungsmasse wird. Er schützt die Schülerinnen und



Schüler davor, dass ihre Lehrkräfte jedes Jahr wechseln, weil Verträge auslaufen oder Bedingungen sich verschlechtern. Und er schützt die Lehrkräfte selbst davor, dass ihre Loyalität zum Staat zur Einbahnstraße wird.“ Für den öffentlichen Dienst sei der Beamtenstatus ein zentrales Attraktivitätsmerkmal: „Er verbindet Rechte und Pflichten mit amtsangemessener Besoldung und Versorgung. Das macht den Beruf attraktiv, gerade in Krisenzeiten.“

Am 14. November 2025 wählten die Delegierten mit überwältigender Mehrheit Susanne Lin-Klitzing mit 109 von 111 Stimmen erneut zur Bundesvorsitzenden des DPhV. Lin-Klitzing ist seit 2017 im Amt und die erste weibliche Bundesvorsitzende des 1903 in Halle gegründeten Lehrkräfteverbandes. Gemäß des Veranstaltungsmottos „Leistung fordern, Vertrauen fördern, Lehrkräfte stärken“ wird sie auch weiterhin mit voller Überzeugung dafür eintreten, das Gymnasium in seiner bedeutsamen und etablierten Stellung zu sichern und in seiner zukunftsfähigen Weiterentwicklung zu stärken.

Die aktuellen Ergebnisse der vom DPhV im Oktober in Auftrag gegebenen forsa-Umfrage „Meinungen zum Gymnasium“ bestätigen diesen Kurs: 92 Prozent der deutschen Bevölkerung stehen klar zum Gymnasium, „eine Schule für alle“ wird mehrheitlich abgelehnt. Lin-Klitzing: „In einer Zeit, in der Bildung zunehmend politisch und gesellschaftlich diskutiert wird, setzt der DPhV auch in den kommenden Jahren alles daran, das Gymnasium als Ort von Leistung, Chancengerechtigkeit und exzellenter Bildung zu stärken und die Belange der dort Lehrenden und Lernenden ins Zentrum der politischen Debatte zu rücken. Ich

bin dankbar für das Vertrauen und die damit verbundene Möglichkeit, weiter für mein Herzenssthema zu kämpfen. Doch vor allem bin ich für die unermüdliche Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen in den Landesverbänden dankbar, ohne die das nicht möglich wäre. Wir sind das Gymnasium!“

Ein zentrales Thema für den DPhV wird in der vier Jahre dauernden Amtszeit von Lin-Klitzing ihrer Einschätzung nach die Verteidigung des Beamtenstatus für Lehrkräfte sein. „Der Beamtenstatus erhöht die Attraktivität des Berufs und gewährleistet gemäß Grundgesetz Art. 7 die Verlässlichkeit von Unterricht für Schülerinnen und Schüler sowie Neutralität im Unterricht gemäß der Werte unserer Verfassung. So trägt er aktiv zur Demokratiebildung bei und darf gerade in der aktuellen gesellschaftlichen Situation nicht leichtfertig zum Spielball politischer Effekthascherei gemacht werden“, so Lin-Klitzing. Der DPhV wird auch in Zukunft für gute Rahmenbedingungen für Lehrkräfte eintreten, denn Lehrerinnen und Lehrer sind hoch belastet. „Wir fordern daher echte Entlastung, Gesundheitsschutz und verlässliche Beschäftigungsbedingungen für Lehrkräfte. Deshalb: Finger weg vom Beamtenstatus!“, so Lin-Klitzing. Als weiteren Schwerpunkt der nächsten Jahre identifizierte die Bundesvorsitzende die Sicherstellung eines hohen Leistungsniveaus im gesamten Schulsystem. Dazu gehöre, dass jedes Kind nach der Grundschule an die zu ihm passende Schulform gelange. „Nicht der Elternwille allein darf darüber entscheiden – die Expertise der Lehrkräfte und die Leistung der Schülerinnen und Schüler muss dabei verbindlich berücksichtigt werden“, so Lin-Klitzing.

Studie der dbb akademie

Öffentlicher Dienst: Beschäftigte fühlen sich von Bürokratie ausgebremst

Das „Fach- und Führungskräfte-Barometer 2025“ der dbb akademie zeigt: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind bereit für echten Wandel. Die Strukturen allerdings nicht.

„Die Unzufriedenheit in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes ist ein Warnsignal, das Politik nicht länger überhören darf“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer. „Die Kolleginnen und Kollegen erleben Tag für Tag, dass sie trotz hoher Verantwortung und großem Engagement in zu engen Strukturen arbeiten. Wer Motivation und Leistungsfähigkeit sichern will, muss endlich für mehr Wertschätzung, Beteiligung und Gestaltungsmöglichkeiten sorgen. Dafür setzen wir uns als dbb mit Nachdruck ein.“

Das „Fach- und Führungskräfte-Barometer 2025“, an dem über 2.800 Beschäftigte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes teilgenommen haben, zeichnet ein deutliches Bild der aktuellen Stimmungslage. Basis der Untersuchung ist der sogenannte Net Promoter Score (NPS), der auf einer Skala von -100 bis +100 misst, wie positiv oder negativ die Befragten ihre Situation bewerten. Negative Werte stehen für Unzufriedenheit oder Ablehnung, positive Werte für Zustimmung. Die Er-



gebnisse zeigen: Die allgemeine Arbeitszufriedenheit liegt sowohl bei Fachkräften (NPS -37) als auch bei Führungskräften (-26) im negativen Bereich, der Wert zur wahrgenommenen Wertschätzung fällt sogar noch schlechter aus (-49 bei den Fach- und bei -39 bei den Führungskräften). Gleichzeitig zeigen die Befragten hohe Veränderungsbereitschaft und ein starkes Interesse an Weiterbildung (NPS +54). Geyer: „Das belegt: Der Wille zur Modernisierung ist vorhanden – aber die Rahmenbedingungen und Strukturen stimmen oft nicht.“

Besonders kritisch fällt die Einschätzung zur digitalen Unterstützung durch die Dienststellen aus: Mit einem NPS von -67 fühlen sich viele Beschäftigte nicht ausreichend auf den digitalen Wandel vorbereitet, bei der Generation Z liegt der Wert sogar noch niedriger. Hinzu kommen bürokratische Hürden, lange Entscheidungswege und fehlende Ressourcen, die Reformen im öffentlichen Dienst ausbremsen. Themen wie Fachkräftemangel, schleppende Digitalisierung und mangelnde Beteiligung stehen an der Spitze der größten Herausforderungen. Gleichzeitig zeigt das Barometer aber auch Potenziale: Viele Beschäftigte möchten Verantwortung übernehmen und ihre Arbeit aktiv mitgestalten – wenn sie dafür Zeit, Unterstützung und Freiraum bekommen. „Die Beschäftigten haben längst gezeigt, dass sie

bereit sind, Verantwortung zu übernehmen“, betonte der dbb-Chef. „Jetzt muss Politik die Voraussetzungen schaffen, damit sie es auch können – durch weniger Bürokratie, mehr Gestaltungsspielräume und gezielte Investitionen in Weiterbildung und Digitalisierung.“

Veranstaltungshinweis:

Um die Ergebnisse des „Fach- und Führungskräfte-Barometers“ einzuordnen, lädt die dbb akademie am 18. November 2025 zum 4. Online-Expertenforum ein. Es sprechen: Professor Arne Schönbohm, Präsident der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV); Simone Fleischmann, Stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb und Vorsitzende der dbb akademie; Dr. Linda Amalou-Döpke, Abteilungsleiterin People Analytics und Personalentwicklung bei den Stadtwerken Düsseldorf; Andreas Leinhaas, Leiter des Personal- und Organisationsamtes der Bundesstadt Bonn. Die Fachleute erörtern aus unterschiedlichen Perspektiven, wie der öffentliche Dienst die Ergebnisse des Barometers in konkrete Veränderung übersetzen kann. Das Expertenforum bietet praxisnahe Impulse für moderne Führung, Motivation und erfolgreiche Veränderungsprozesse im öffentlichen Dienst. Interessierte können sich unter <https://barometer.dbbakademie.de/expertenforum> anmelden.

Gespräch im Bundesgesundheitsministerium

Wagner: „Eine Zwangs-Einheitsversicherung löst kein einziges Problem“

Im Gespräch mit Tino Sorge, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, hat dbb-Vize Maik Wagner vor der sogenannten Bürgerversicherung gewarnt.

„Dass es im Gesundheitssystem ein Kostenproblem gibt, ist unbestreitbar. Dass dagegen eine vermeintlich solidarische Bürgerversicherung hilft, ist hingegen sachlich schlicht falsch. Fakt ist: Im nächsten Jahr ist mit deutlich steigenden Beiträgen auch in der Privaten Krankenversicherung (PKV) zu rechnen. Die eigentlichen Probleme treffen nämlich Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und PKV gleichermaßen: stark steigende Arzneimittelpreise, teilweise organisierter Leistungsmissbrauch im Bereich der Verhinderungspflege oder auch die Überversorgung im Bereich der bildgebenden Medizin“, machte Wagner am 11. November 2025 deutlich.

Wagner mahnte außerdem: „Ein grundlegende Reform der Pflege ist sicherlich geboten. Das derzeitige System ist aber fragil und deshalb geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Sonst ist die flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung besonders in ländlichen Regionen in Gefahr. Wenn die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Zukunft der Pflege vorliegen, bringen wir uns gerne in einen konstruktiven Dialog ein. Populistische Schnellschüsse lehnen wir aber entschieden ab.“



dbb frauen

Teilzeit-Einschränkungen: Politisches Versagen nicht auf dem Rücken der Frauen austragen

Bayern kündigt an, die familienpolitische Teilzeit für alle Beamtinnen und Beamten ab 2027/2028 einzuschränken. Die dbb frauen kritisieren das Vorgehen und warnen vor Nachahmern.

Wenn Bayern jetzt den Rückwärtsgang in Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf einlegt, dürfe das keine Blaupause für andere Länder werden. Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, machte am 12. November 2025 in Berlin deutlich: „Politisches Versagen darf nicht auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werden. Wer so handelt, gefährdet das Vertrauen der Beschäftigten in den öffentlichen Dienst als familienfreundlichen Arbeitgeber. Und ich sage an dieser Stelle unmissverständlich: Wer glaubt, mit Einschränkungen an der familienpolitischen Teilzeit - sei es durch eine höhere Mindeststundenzahl oder eine abgesenkte Altersgrenze für Kinder - etwa dem Fachkräftemangel zu begegnen, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Wir gewinnen keine Lehrkräfte, keine Verwaltungsfachkräfte und keine Pflegekräfte, indem wir ihre Lebensrealitäten ignorieren. Im Gegenteil: Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die ihnen Luft zum Atmen lassen und nicht solche,

die sie zusätzlich belasten.“ Der überwiegende Teil der Lehrkräfte in Deutschland sind Frauen. „Schule muss daher aus Sicht der Gleichstellungspolitik besonders bedacht werden“, hob Kreutz hervor.

Die dbb bundesfrauenvertretung setzt sich seit jeher dafür ein, die Erwerbstätigkeit von Frauen zu steigern und ihre finanzielle Unabhängigkeit zu sichern. Voraussetzung dafür sind jedoch verlässliche und familiengerechte Arbeitsbedingungen. „Teilzeit einzuschränken, statt auf gute Führung und flexible Arbeitsmodelle zu setzen, ist ein Irrweg“, betonte Kreutz. „Moderne Verwaltungen brauchen Vertrauen in die Beschäftigten, keine Misstrauenskultur. Wenn dringende dienstliche Gründe vorliegen, ist es eine Aufgabe der Führung, das zu lösen. Teilzeit ist kein Zugeständnis, sondern häufig die Voraussetzung dafür, Familie, Pflege und Beruf überhaupt miteinander vereinbaren zu können.“

dbb senioren

Europäische Gewerkschaftsarbeit: Sozialpolitik grenzübergreifend gestalten

CESI Seniors, die Seniorenorganisation der europäischen Gewerkschaftsvereinigung, wählt Horst Günther Klitzing vom dbb zu ihrem Gründungspräsidenten.

„Ich freue mich darauf, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus der gesamten EU eine europäische, seniorengerechte Sozialpolitik zu gestalten, die diesen Namen auch verdient“, kommentierte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, die Wahl.

Auf Grundlage eines Beschlusses des CESI-Kongresses vom Dezember 2024 zur Gründung einer Kommission für Seniorinnen und Senioren analog zu CESI Youth und CESI Fem hat sich die CESI Seniors am 5. November im Rahmen einer hybriden Sitzung konstituiert. Auf Vorschlag des dbb und des CESI-Präsidiums wurde Horst Günther Klitzing einstimmig zum Präsidenten gewählt.

Kolleginnen und Kollegen von deutschen, spanischen, italienischen und ungarischen Mitgliedsverbänden hatten an der konstituierenden Sitzung teilgenommen. Neben einer Verabschiedung der Grundsätze der zukünftigen Arbeitsweise ergab eine erste Aussprache über mögliche Arbeitsthemen, dass die Zukunft der Pflege in allen Ländern als besonders dringliches Problem angesehen wird.

Flaviana Teodosiu von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission referierte über die Empfehlung der Kommission zum „Zugang zu erschwinglicher und hochwertiger Langzeitpflege“ aus dem Jahr 2022. Zudem wurde über den jüngsten Bericht der Kommission über „Die Angemessenheit und die Modalitäten von



Renten und Pensionen in den Mitgliedsstaaten“ diskutiert.

Die Confédération Européenne des Syndicats Indépendants (CESI), oder -Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften, ver-

tritt auf EU-Ebene über sechs Millionen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus über 40 Gewerkschaftsorganisationen in ganz Europa und engagiert sich im europäischen Sozialdialog. Ende Oktober hatten sich die Delegierten zu einem Kongress in Brüssel getroffen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

Sonderinfo zur Besoldungsentscheidung des Verwaltungsgerichtes

Mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Schleswig vom 11. November 2025 geraten das Besoldungssystem und die Besoldungshöhe in Schleswig-Holstein weiter ins Wanken.

Die aktuelle Entscheidung betrifft die Besoldungsreform aus dem Jahr 2022, die eigentlich die Verfassungskonformität der Besoldung wiederherstellen sollte. Jetzt droht dieser Reform selbst die Verfassungswidrigkeit. Betroffen sind neben der Richterbesoldung die Besoldungsgruppen A 6 bis A 16, also fast alle Beamtinnen und Beamten des Landes sowie

der Kommunen. Sie können die vom dbb sh bereitgestellten Muster nutzen, um Ansprüche abzusichern.

Der dbb sh beantwortet auf seiner Internetseite ausführlich alle Fragen rund um die Entscheidung: www.dbb-sh.de.

Bayern

Doppelhaushalt auf Kosten des öffentlichen Dienstes!

Noch bevor die Tarifverhandlungen im Bereich der Länder überhaupt begonnen haben, hat die Bayerische Staatsregierung angekündigt, das Ergebnis nur mit einer Verzögerung von sechs Monaten auf den Beamtenbereich übertragen zu wollen.

„Das jetzt geht auf Kosten des öffentlichen Dienstes“, warnte Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) am 11. November 2025.

Gleichzeitig sollen (ab 2027) Teilzeitmöglichkeiten eingeschränkt werden. „Offenbar hat die bestmögliche Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben bei der Staatsregierung an Stellenwert eingebüßt“, kritisierte der BBB-Chef.

In einer Pressekonferenz zum Doppelhaushalt sprach Ministerpräsident Markus Söder von einem Bekenntnis zum Berufsbeamtentum. „Das kann ich in der nun angekündigten Verschönerung nicht erkennen“, so Nachtigall. Verbeamtete Beschäftigte sollen von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt werden. „Noch bevor überhaupt Zahlen im Raum stehen, werden hier massive Sparmaßnahmen angekündigt, die nicht nur einseitig eine Berufsgruppe treffen, sondern zudem noch einen

Keil zwischen die Beschäftigtengruppen treiben.“ Nun sollten gerade diejenigen erhalten, deren Einkommen per Gesetz geregelt wird – und die damit dem schnellen Zugriff unterliegen.

Die Verwaltung, das Umsetzungsorgan des Staates, durch demotivierende Maßnahmen wie diese zu schwächen, sei in Zeiten knapper Kassen kontraproduktiv. „Die Staatsdiener halten den Staat am Laufen“, betonte Nachtigall. Solche Maßnahmen seien ein Affront für das Engagement der Beschäftigten im täglichen Einsatz.

Mit der Einschränkung der Teilzeit werde die fehlende Wertschätzung des öffentlichen Dienstes nun zusätzlich bekräftigt. Jahrzehntelang wurde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als besonderer Schwerpunkt der bayerischen Politik gesehen. Nun mache sich Bayern zum Vorreiter in entgegengesetzter Richtung: Als erstes Bundesland senkt es die Alters-



grenze der Kinder, deren Eltern in familienpolitische Teilzeit gehen können auf das 14. Lebensjahr. „Diesen Richtungswechsel können wir nicht nachvollziehen“, so der BBB-Chef. Unabhängig davon, ob der Eingriff von der

Staatsregierung als „moderat“ bezeichnet werde: „Hier geht es um das Signal, das eine solche Maßnahme sendet“, verdeutlicht Nachtigall.

Sachsen-Anhalt

Gründung eines Landesamtes abgelehnt

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung wünscht sich kurz vor Weihnachten eine neue Behörde. Hierzu wurde ein Gesetzesentwurf letzte Woche im Kabinett verabschiedet.

Durch Zusammenlegung der Landessozialagentur mit Teilen des Landesverwaltungsamtes soll eine neue Behörde geschaffen werden, die effizienter, moderner und widerstandsfähiger agieren soll: Das Landesamt für Soziales, Jugend und Gesundheit (LAS). „Strukturveränderungen allein lösen keine systemischen Probleme. Die Umbenennung von Behörden schafft keine Entlastung, wenn die Prozesse weiterhin papierbasiert und personell unterbesetzt bleiben“, so dbb Landesvorsitzender Ulrich Stock am 12. November 2025.

Weiterhin komme die Umstrukturierung zur Unzeit. Nachdem die Sozialministerin erlaubt habe, dass die Bearbeitung von Anträgen auf Schwerbehinderung dermaßen in Rückstand

geraten ist, glaube sie mit einer neuen Behörde werde es besser. Und dies zu einer Zeit, wo das Landesverwaltungsamt gerade dabei sei, im nächsten Jahr die E-Akte und ein neues Fachverfahren für die Antragsbearbeitung einzuführen. „Diese Projekte werden sich erfahrungsgemäß dadurch um Monate, wenn nicht gar Jahre verzögern und die Bürgerinnen und Bürger noch länger warten lassen“, so Stock.

Der dbb sachsen-anhalt erwarte, dass im Parlament noch mal genau hingeschaut und diese Maßnahme nicht umgesetzt werde. „Effizienz entsteht nicht durch neue Türschilder und besser bezahlte Behördenleitungen, sondern durch kluge Organisation, motiviertes Personal und moderne Arbeitsmittel“, fasst Stock zusammen.

Namen und Nachrichten

Der Dienstplan entscheidet, ob Tim Gaumann als Feuerwehrmann oder als Unfallsanitäter in den Einsatz geht. Entweder-oder, maximal einen Monat im Voraus, erzählt er in der November-Folge vom dbb-Podcast „DienstTag – Menschen, die Staat mache“n. In Nordrhein-Westfalen sind Feuerwehr und Rettungsdienst integriert. Für den 29-jährigen Siegener hieß das: Erst eine Handwerks- und Feuerwehrausbildung, inklusive Rettungssanitäter und dann zusätzlich die dreijährige Ausbildung, plus Staatsexamen zum Unfallsanitäter: „Der höchste nichtakademische medizinische Berufsabschluss.“ Im Berufsalltag, bei der Feuerwehr in Wuppertal, ist für Tim Gaumann nicht der Umgang mit zum Teil schweren Verletzungen und tragischen Unfällen, zu denen sie gerufen werden, die größte Herausforderung, sondern der jahrelange Schichtdienst: „Anderthalb bis vier Stunden Schlaf pro Nacht maximal, meist nicht am Stück und der absolut

ungeregelte Schlafrhythmus, das ist das größte Problem. An die Dramatik der Vorfälle gewöhnt man sich, schon aus Selbstschutz. Für mich ist das Routine, für die Betroffenen sind das Ausnahmesituationen, oft mit starken Schmerzen, Angst und Überforderung.“ Wenn Eindrücke einen vom Unfallort zurück zur Feuerwache begleiten, helfen vor allem die Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen. Tim Gaumann: „Die Wachabteilung ist wie eine WG oder Familie. Da wird viel besprochen und – falls nötig – nachgearbeitet, zwei Mal in der Woche, 24 Stunden. Und bei wirklich schlimmen Fällen hilf die PSU – die Profis von der psycho-sozialen Unterstützung.“ Zu hören gibt es die neue Folge unter [dbb.web.de](https://www.dbb.web.de).

Die Mitglieder der Jugendpolitischen Kommission der **dbb jugend** wurden neugewählt. Die Wahl erfolgte am 7. November 2025 auf dem



Bundesjugendausschuss in Magdeburg. Aufgabe der Jugendpolitischen Kommission ist es, die Bundesjugendleitung zu unterstützen und ihr inhaltlich zuzuarbeiten. Sie besteht aus sieben besonders erfahrenen Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der dbb jugend. In Magdeburg wählten die Delegierten folgende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ins Amt: Alexander Bacher (VBGR); Matthias Berk (VdB); Iris Bilek (DPolG); Juliane Gallwitz (komba); Henning Klemme (komba); Maxi Schröder (VdV); Sebastian Scherbinski

(DPolG). „Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend. „Die Jugendpolitische Kommission liefert wertvolle Impulse für die gewerkschaftliche Arbeit. Und das ist es, was wir brauchen, um so nah wie möglich an den Lebensrealitäten, Fragen und Problemen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu sein. Je mehr Perspektiven in unsere Positionen einfließen, desto besser.“

Termine:

17. November 2025

Pressekonferenz:

Forderungen zur Einkommensrunde der Länder 25/26

Weitere Informationen unter www.dbb.de

3. Dezember 2025

Einkommensrunde der Länder 25/26

1. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

15.-16. Januar 2026

Einkommensrunde der Länder 25/26

2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

11.-13. Februar 2026

Einkommensrunde der Länder 25/26

3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de